

CHILE

MARTIN F. MEYER
WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de
www.kas.de/chile

Bilanz: Chile ein Jahr nach dem Wahlsieg Piñeras

RASCHE ERHOLUNG VON DEN FOLGEN DES BEBENS, ZULETZT INNENPOLITISCHE SPANNUNGEN UND SINKENDE UMFRAGEWARTE SOWOHL DER REGIERUNG ALS AUCH DER OPPOSITION

Im vergangenen Jahr haben zwei Ereignisse die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Chiles dominiert:

(1) Die Präsidentschaftswahlen vom 17. Januar und die sich anschließenden ersten Monate der Amtszeit des neuen Präsidenten Sebastián Piñera, sowie (2) eine Reihe von Naturkatastrophen und Unglücken, insbesondere das verheerende Erdbeben vom 27. Februar und der letztendlich glücklich ausgegangene Unfall in der Mine San José im Norden des Landes. Beide Themen sorgten auch international für Schlagzeilen und verschafften dem kleinen Andenstaat in den vergangenen zwölf Monaten eine ungewohnt prominente Position im globalen Rampenlicht.

Insgesamt lässt sich nach den ersten zehn Monaten der Amtszeit Piñeras feststellen, dass es keinen entscheidenden Kurswechsel in Chiles Politik gegeben hat: Der neue Präsident verfolgt wie auch die vier Vorgängerregierungen der „Concertación“ ein exportorientiertes Wirtschaftswachstum mit gleichzeitigem sozialen Ausgleich. Aufgrund dieser in den letzten zwanzig Jahren sehr erfolgreichen Politik hat Chile die Folgen des Bebens erstaunlich rasch überwunden. Zuletzt verzeichnete das Land ein Wachstum von über 5 Prozent. Auf die jüngsten Meinungsumfragen der Regierung hat sich diese Tatsache jedoch nicht positiv ausgewirkt. Der vorübergehende Effekt und die Euphorie der spektakulären Rettung der 33 Minenarbeiter Mitte Oktober scheinen im neuen Jahr wieder verpufft zu sein. Darüber hinaus wurde die Regierung aufgrund mehrerer innenpolitischer Spannungen auf

die Probe gestellt. Eine Kabinettsumbildung Mitte Januar 2011 war ein erstes Indiz der bevorstehenden Herausforderungen.

Ein kleiner Trost dürfte lediglich sein, dass die Opposition bisher nicht in der Lage war, diese Tatsachen zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Aufgrund des Mangels an zugkräftigen Persönlichkeiten und einer klaren politischen Linie als Alternative zur Regierung befindet sich die Concertación derzeit in einem Umfragetief. Ungeklärt ist auch die Frage, ob sich das Bündnis weiteren Gruppen aus dem linken Spektrum öffnen wird.

Sowohl Regierung als auch Opposition werden sich somit auf ein hartes Jahr 2011 einstellen müssen.

Das Jahr 2010 begann mit einem historischen Ereignis: Im Januar gewann mit Sebastián Piñera vom Bündnis „Coalición por el Cambio“ zum ersten Mal seit 20 Jahren und der Rückkehr Chiles zur Demokratie ein Kandidat der Mitte-Rechts-Parteien die Wahlen um die Präsidentschaft.¹ Der wirtschaftsliberale und rechtskonservative Unternehmer setzte sich in der entscheidenden Stichwahl am 17. Januar mit 51,61 Prozent der Stimmen gegen den Anwärter des regierenden Mitte-Links-Bündnisses „Concertación de Partidos por la Democracia“, dem Christdemokraten und ehemali-

¹ Siehe Jung & Meyer (2010). „Der Beginn einer neuen Ära in Chile“. KAS-Auslandsinformationen 3/2010. http://www.kas.de/wf/doc/kas_18991-544-1-30.pdf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER
WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de
www.kas.de/chile

gen Staatspräsidenten von 1994 bis 1998, Eduardo Frei Ruiz-Tagle, durch. Das Ergebnis kam für Chile einer politischen Zäsur gleich: Die 20-jährige Dominanz der Concertación, die mit den beiden Christdemokraten Patricio Aylwin und Eduardo Frei sowie den beiden Sozialisten Ricardo Lagos und Michelle Bachelet in diesem Zeitraum sämtliche Präsidenten des Landes stellte, war damit gebrochen.²

Aufgrund Chiles so genannten binominalen Wahlrechts wird das politische System des Landes durch die Blockbildung, bei der sich verschiedene Parteien zu einem Bündnis zusammenschließen, charakterisiert. In diesem Sinne haben zwei von ihnen das politische Geschehen seit dem Ende der Pinochet-Diktatur im Jahr 1989 geprägt: Das Mitte-Links-Bündnis der Concertación, welches aktiv am Sturz der Militärdiktatur beteiligt war, und das gegenwärtig von der Christdemokratischen Partei (PDC), der Sozialdemokratischen Partei (PPD), der Sozialistischen Partei (PS) und der Radikalen und Sozialdemokratischen Partei (PRSD) gebildet wird. Auf der anderen Seite die Coalición por el Cambio, ein Mitte-Rechts-Bündnis, welches aus der konservativen Unión Demócrata Independiente (UDI) (in der sich viele frühere Anhänger Pinochets befinden) sowie der moderateren Renovación Nacional (RN) des Präsidenten Piñera besteht.

Zwei Wochen vor der offiziellen Amtsübergabe am 11. März 2010 wurde das mit dem Wahlsieg Piñeras ausgelöste „politische Beben“ jedoch von einer der verheerendsten Naturkatastrophen in der Geschichte des Landes überschattet, als nämlich am 27. Februar ein Erdbeben der Stärke 8,8 und ein darauffolgender Tsunami mehr als 600 Menschenleben forderte und einen Sachschaden in Milliardenhöhe anrichtete. Die Folgen der Naturkatastrophe und der damit verbundene Wiederaufbau stellten die Regierung Piñera gleich von Beginn an vor eine immense Herausforderung und bestimmten logischerweise auch die ersten zehn Monate der Amtszeit der neuen Exe-

kutive. Gleichzeitig mussten die zahlreichen Wahlversprechen aus der Kampagne erfüllt werden, wie z.B. die Reduzierung der nach wie vor immensen sozialen Ungleichheit, die Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitswesens oder die Implementierung einer Reihe von politischen Reformen zur weiteren demokratischen Konsolidierung des Landes.

Grundzüge der Politik Piñeras

Obwohl der Wahlsieg Piñeras im Januar von manchen als „Beginn einer neuen Ära“ bezeichnet wurde, hat der neue Präsident in den ersten zehn Monaten im Amt mehrfach zu erkennen gegeben, dass er die erfolgreiche politische Linie der Concertación-Regierungen in den letzten zwanzig Jahren weitgehend fortführen will. Obwohl der wirtschaftsliberale Unternehmer einen weniger aktiven Staat bevorzugt und die zu hohen Ausgaben oder Markteingriffe der vorherigen Regierung kritisiert hat, besteht in Chile ein allgemeiner Konsens, dass es angesichts des kleinen Binnenmarkts keine Alternative zu einer starken Einbindung in die Weltwirtschaft gibt. Wenngleich Präsident Piñera in den ersten Monaten seiner Amtszeit zur Ankurbelung der Wirtschaft als erste Priorität auf Steuersenkungen gesetzt hat, hat er ebenfalls Anreize zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen sowie die Sozialprogramme der Bachelet-Regierung beibehalten oder sogar ausgeweitet.

Insofern war Piñeras Politik bisher eindeutig eine Politik der Mitte, die in erster Linie Kontinuität bedeutet hat. Realistisch gesehen blieb dem Präsidenten auch keine andere Wahl, da er angesichts einer fehlenden Mehrheit im Parlament bei wichtigen Gesetzen zur Zusammenarbeit mit der Mitte-Links-Opposition gezwungen ist. Das geteilte Parlament bietet den Konservativen auch in Zukunft nur einen begrenzten Spielraum.

Selbes gilt in der Außenpolitik. Nach der Wahl hatte es zunächst den Anschein, dass es mit Piñera einige Akzentverschiebungen geben werde. Seine Vorgängerin Michele Bachelet hatte sich intensiv um die Lösung

² Michelle Bachelet durfte trotz ihrer immensen Popularität von über 80 Prozent in den letzten Umfragen ihrer Amtszeit laut der chilenischen Verfassung nicht direkt wiedergewählt werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER
WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de

www.kas.de/chile

von Grenzstreitigkeiten mit Peru und Bolivien bemüht, gegenüber dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez hatte sie jedoch einen Kurs diplomatischer Zurückhaltung gesteuert. Piñera hatte im Wahlkampf dagegen den „lateinamerikanischen Populismus“ für gescheitert erklärt. Gleichzeitig hatte er angekündigt, Chile werde auf keinen Fall Land oder Seegebiete aufgeben, auf die andere Staaten Anspruch erheben. Einmal im Amt angekommen, hat Piñera diese Wahlkampfrhetorik jedoch wieder etwas abgeschwächt. So wurden in den letzten zwei Monaten mit den Präsidenten von Peru und Bolivien konkrete Schritte zur Verbesserung der Beziehungen und zur friedlichen Lösung der Grenzkonflikte mit beiden Ländern in die Wege geleitet.

Außenpolitisch legt Piñera, der in den USA ausgebildet wurde, großes Gewicht auf gute Beziehungen zu Washington. Er hat aber auch betont, das chilenische Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union besser nutzen zu wollen. Der Vertiefung der bilateralen Beziehungen diene auch eine Reise des Präsidenten im Oktober nach Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Hervorhebenswert auch die Entscheidung Piñeras Anfang Januar 2011, die palästinensischen Autonomiegebiete offiziell als unabhängigen Staat anzuerkennen – ein Schritt, mit dem er dem Beispiel einer Reihe anderer südamerikanischen Länder folgte. Gleichzeitig teilte er mit, Israel und Palästina im März dieses Jahres besuchen zu wollen.

Piñeras Prioritäten für 2011

Obwohl mittlerweile viele Schäden des Bebens bereits beseitigt worden sind (wie z.B. die Reparatur des einzigen Großflughafens des Landes in Santiago), wird der Wiederaufbau auch im neuen Jahr eine wichtige Rolle spielen. Aufgrund des Bebens müssen schätzungsweise 200.000 Häuser und Wohnungen sowie Hunderte Straßen und eingestürzte Brücken repariert werden. Die Küstenregion um die Stadt Concepción wurde am Tag der Katastrophe besonders hart getroffen – der Wiederaufbau in diesen betroffenen Gebieten dürfte noch mehrere Jahre dauern. Laut Schätzungen der Regierung belaufen sich die Schäden auf 30 Mil-

liarden US-Dollar (22 Milliarden Euro), was 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Chile entspricht. Obwohl Piñera mehrfach betont hat, dass diese Zahlen seine Regierung vor eine enorme Herausforderung stellen, hat er sich stets optimistisch gezeigt, dass der fulminante wirtschaftliche Aufschwung und die positive Entwicklung der letzten Jahre beibehalten werden könne. Schon am Tag der Katastrophe hatte er verkündete, dass sich der Wiederaufbau nicht auf sein Regierungsprogramm und seine ambitionierten Ziele der nächsten vier Jahre auswirken werde. Dies bestätigte er noch einmal bei seiner Ansprache am 21. Mai zur Lage der Nation, in der gleichzeitig die Schwerpunkte seiner Amtszeit präsentiert wurden. Diese lassen sich in sieben Prioritäten zusammenfassen:

(1) Wirtschaftswachstum

In den letzten Jahren hat sich Chile nach einstimmiger Expertenmeinung immer mehr zum „marktwirtschaftlichen Musterland“ Südamerikas entwickelt. Der Andenstaat weist gegenwärtig pro Kopf die höchste Wirtschaftsleistung in Lateinamerika auf. Auch die negativen Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat Chile viel besser gemeistert als zahlreiche andere Staaten. Die Aufnahme Chiles als einziges südamerikanisches Land in die OECD Anfang 2010 ist Anerkennung der bisherigen positiven Entwicklung des Landes, die zum großen Teil auf die gute Wirtschaftspolitik und die kontinuierlichen Reform-Anstrengungen der Regierungen der Concertación in den letzten zwanzig Jahren zurückgeht.

Piñera hat diese Verdienste ausdrücklich gewürdigt, im Wahlkampf gleichzeitig aber auch bemängelt, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landes seit Mitte der neunziger Jahre ins Stocken geraten sei und ihr volles Potenzial bei weitem noch nicht erreicht habe. Auch in den Augen vieler Wähler fehlte es der Concertación gerade in dieser Hinsicht an neuen Ideen, um die nötigen Reformen für ein anhaltendes Wachstum zu implementieren. Piñera hingegen versprach im Wahlkampf, während seiner Amtszeit ein jährliches Wirtschaftswachstum von 6 Prozent zu erzielen. Somit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER
WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de

www.kas.de/chile

soll Chile in den kommenden zehn Jahren den Sprung von einem Entwicklungs- zu einem entwickelten Land vollziehen. An diesem ehrgeizigen Ziel hat der Präsident auch nach dem verheerenden Beben vom vergangenen Februar festgehalten.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich Chile dank der guten Rahmenbedingungen im Lande recht schnell von den Folgen der Naturkatastrophe erholt hat. So lag laut Piñera in seinem Jahresrückblick 2010 das wirtschaftliche Wachstum im zweiten Halbjahr zwischen 6 und 7 Prozent, also im Rahmen der anvisierten Vorgaben. Auch das Exportvolumen sei um „sagenhafte“ 30 Prozent gestiegen. Diese gute Entwicklung möchte der Präsident auch im Jahre 2011 weiter vorantreiben.

Es gibt jedoch auch kritische Stimmen, die bemängeln, dass diese Zahlen zum Großteil auf Basis des Exports von Kupfer basieren. Das begehrte Metall macht seit jeher knapp die Hälfte des Exports Chiles aus und kommt daher auch für den größten Teil des Wohlstands des Landes auf. Ein Meinungsartikel der größten chilenischen Tageszeitung El Mercurio vom 2. Januar 2011 argumentiert, dass der von Piñera angestrebte Sprung von einem Schwellen- zu einem entwickelten Land nur dann vollzogen werden könne, wenn es in Zukunft eine stärkere Diversifizierung der Wirtschaft gebe und sich Chile von seiner Abhängigkeit von der weltweiten Nachfrage nach Rohstoffen befreie. Hierfür seien die Förderung von Innovation und die Erhöhung von Investitionen im Bereich Forschung und Bildung unabdingbar, sprich: die Entstehung einer Wissensgesellschaft.

(2) Reduzierung der Armut

Ein weiteres wichtiges Ziel der nächsten vier Jahre wird laut Piñera die Beseitigung der absoluten Armut im Lande sein. Trotz Chiles insgesamt sehr guter makroökonomischer Entwicklung hat es bislang hinsichtlich der sozialen Schieflage nur wenig Verbesserungen gegeben (das Land weist im regionalen Vergleich derzeit die größte Ungleichheit zwischen Arm und Reich nach Brasilien auf). Laut Piñera sind Armut, mangelnde Chancengerechtigkeit und vor

allem die extrem ungleiche Einkommensverteilung für große Teile der Bevölkerung die vordringlichsten Probleme geblieben. Der neue Präsident hat darüber hinaus bemängelt, dass die Armut im Lande in den letzten drei Jahren der Bachelet-Regierung von 13,7 auf 15,1 Prozent gestiegen sei. Er persönlich strebe für seine Amtszeit die Erlangung eines einstelligen Prozentsatzes an. Piñera weiß genau, dass er sich während seiner Regierungsperiode verstärkt den sozial Schwachen im Lande zuwenden muss, möchte er nicht nur als ein Interessenvertreter der oberen Zehntausend wahrgenommen werden.

Um der sozialen Ungleichheit und Armut nachhaltig zu begegnen, möchte die Regierung in den kommenden Jahren das soziale Netz noch weiter ausbauen, in erster Linie durch eine Erhöhung der Sozialausgaben sowie durch eine stärkere Förderung der sozialen Integration. Zu diesem Zweck wurde unmittelbar nach Regierungsantritt ein Bonus für einkommensschwache Familien in Höhe von 40.000 CLP implementiert. Im März 2011 soll der seit längerer Zeit geplante „ingreso ético familiar“ (praktisch eine Art negative Einkommenssteuer) eingeführt werden. Auch die Gründung eines Ministeriums für soziale Entwicklung ist für das Jahr 2011 geplant.

(3) Reform des Bildungssystems

Ein dritter Schwerpunkt der künftigen Regierungsanstrengungen wird die Verbesserung des Erziehungssystems als Mittel zur Erlangung von mehr Chancengerechtigkeit sein. In den letzten zwanzig Jahren hat es im chilenischen Bildungswesen viele positive Entwicklungen geben. So ist z.B. der Anteil der Bevölkerung, der heute über eine höhere Schulbildung verfügt, von 52 auf 80 Prozent gestiegen. Allerdings herrscht nach wie vor eine hohe Korrelation zwischen dem Familieneinkommen und dem Bildungsniveau der Schüler. Des Weiteren hat Chile laut OECD prozentual gesehen einen der größten privaten Bildungssektoren weltweit: Kinder aus reichen Familien gehen fast ausnahmslos auf private Schulen, Kinder aus armen dagegen auf staatliche – mit großen qualitativen Unterschieden zwischen den einzelnen Schulen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de

www.kas.de/chile

Zu diesem Zweck wurden von der Regierung im Jahr 2010 mehrere Gesetzesentwürfe zum Thema Bildungsreform präsentiert, mit denen die Qualität des chilenischen Erziehungswesens verbessert werden soll. Insbesondere die Situation an den öffentlichen Schulen in Gegenden mit einem hohen Anteil an armen Familien steht hierbei im Vordergrund. Die Qualität soll z.B. gesteigert werden durch Übertragung von mehr Verantwortung an die Eltern sowie durch eine verstärkte Konkurrenz zwischen den Schulen, vor allem aber durch eine Optimierung der Lehrerausbildung. Darüber hinaus soll die Chancengleichheit durch höhere Subventionen für das Schulgeld verbessert werden. Auch die öffentlichen Schulen sollen in Zukunft mehr Geld bekommen (insgesamt 20 Mrd. Pesos, ungefähr 30 Mio. EUR), wobei 20 Prozent der zusätzlichen Mittel zu gleichen Teilen, 80 Prozent nach der Zahl der immatrikulierten Schüler verteilt werden sollen. Schließlich sollen die Gehälter der Direktoren wie auch die der mit „gut“ benoteten Lehrer erhöht werden und überzählige Lehrer durch Zahlungen von Abfindungen zum Rücktritt veranlasst werden. All diese Reformen wurden Ende dieses Monats im Kongress mit großer Mehrheit und breiter Zustimmung seitens aller Parteien abgesegnet.

(4) Reform des Gesundheitswesens

Ähnlich wie im Bildungssektor zeichnet sich Chile durch ein sehr modernes und hochwertiges Netz an privaten Kliniken und Krankenhäusern, gleichzeitig aber auch durch ein dagegen stark abfallendes öffentliches Gesundheitssystem mit langen Wartezeiten aus. Während Bürger aus gut betuchten Schichten Einrichtungen wie die Clínica Alemana oder Clínica Las Condes besuchen, die laut Rankings zu den besten in Lateinamerika gehören, müssen sich die Ärmere mit einer schlechteren Gesundheitsversorgung zufrieden geben. Laut des Präsidenten sollen daher in den nächsten Jahren mit einer allgemeinen Verbesserung der Infrastruktur und Effizienz sämtlicher Krankenhäuser und Grundversorgungen im ganzen Lande die Möglichkeit für alle Chilenen geschaffen werden, eine „menschenwürdige, rechtzeitige und hochwertige Pflege“ zu erhalten. Auch die Wartezeiten für

bestimmte Krankheiten (die so genannten „enfermedades AUGE“) sollen bis zum Jahr 2012 abgeschafft werden. In den nächsten Monaten ist darüber hinaus eine umfassende Reform hinsichtlich der Finanzierung des Gesundheitssystems geplant. Hierzu wurde dem Präsidenten Ende 2010 ein Bericht einer Expertenkommission mit zahlreichen Vorschlägen vorgelegt. Der entsprechende Gesetzesentwurf soll in Kürze an das Parlament weitergeleitet werden.

(5) Innere Sicherheit

Obwohl in Chile das Problem der Kriminalität bei Weitem nicht so ausgeprägt ist wie in einigen anderen Ländern Lateinamerikas, hat der Präsident bemängelt, dass es in den letzten Jahren laut Statistiken eine Verschlechterung in dieser Sachlage gegeben habe. Eine weitere Priorität seiner Regierung sei deswegen, den „Kampf gegen die Kriminalität und den Drogenhandel ein für alle mal zu gewinnen“. Zu diesem Zweck soll u.a. ein Ministerium für Innere Sicherheit gegründet und die bessere Koordinierung zwischen den verschiedenen Behörden der Strafverfolgung vorangetrieben werden. Ein öffentlich zugängliches Register aller Straftäter zählt ebenfalls zu den geplanten Maßnahmen der Regierung.

(6) Politische Reformen

Die Reformagenda umfasst auch eine Reihe politischer Reformen. Wenngleich sich Chile in politischer Hinsicht in den letzten zwanzig Jahren sehr positiv entwickelt hat und mittlerweile einen hohen Grad an demokratischer Konsolidierung vorweisen kann (im Demokratie-Index-Lateinamerika der KAS belegt Chile derzeit den ersten Platz), gibt es immer noch eine Reihe von Defiziten, die behoben werden müssen. Die chilenische Regierung hat deshalb die Initiative ergriffen und eine grundlegende politische Reform des Wahl- und Parteienrechts in die Wege geleitet.

Bisher war in Chile die Eintragung in das Wahlregister freiwillig, der anschließende Urnengang bei Wahlen jedoch Pflicht – diese Regelung soll nun abgeschafft werden. Fortan sollen alle Wahlberechtigten automatisch registriert werden und die Stim-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER
WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de

www.kas.de/chile

menabgabe freiwillig sein. Auch Chilenen im Ausland sollen nun an Wahlen teilnehmen können. Hierdurch soll die Demokratie partizipativer und vor allem transparenter gestaltet und der kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligung – insbesondere der jüngeren Generation – entgegengewirkt werden.

Künftig sollen zudem bei Präsidentschaftswahlen parteiinterne Vorwahlen stattfinden, die zwar freiwilliger Natur sein sollen, dann jedoch, wenn sie durchgeführt werden, bindend sein sollen und außerdem vom Staat finanziert werden sollen. Eine Reform des umstrittenen binominalen Wahlrechts – welches die Teilung des Parteiensystems in zwei fast gleich große Lager forciert hat und kleinen Parteien und unabhängigen Kandidaten keine ernsthafte Chance zur Erlangung politischer Macht bietet – ist jedoch bis auf Weiteres nicht vorgesehen. Dafür werden derzeit Überlegungen im Hinblick auf eine Vergrößerung des Abgeordnetenhauses von 120 auf 150 Mandate ins Spiel gebracht (wobei die zusätzlichen 30 Sitze nach einem proportionalem System ausgewählt werden sollen), um auf diese Weise die vom Wahlrecht gegenwärtig geschaffenen Distorsionen zumindest zu einem kleinen Teil zu korrigieren.

(7) Reform des Arbeitsmarkts

Schließlich gehört auch noch eine Verbesserung der Arbeitsmarktpolitik zu den sozialpolitischen Prioritäten der neuen Regierung. Piñera hatte im Wahlkampf versprochen, während seiner Amtszeit 1 Million neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ziel soll vorrangig mit steuerlichen Vergünstigungen zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen, die nach seinen Angaben rund vier Fünftel aller Arbeitsplätze ausmachen, bewerkstelligt werden. Zudem sollen der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden (ein langjähriges Anliegen der politischen Rechte) und die bürokratischen Hindernisse zur Gründung von Unternehmen abgebaut werden. Des Weiteren hat Piñera betont, dass ihm der Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt sowie die Lohngleichheit für beide Geschlechter ein besonderes Anliegen sei. Im Jahre 2010 – so der Präsident – seien 55 Prozent aller neuen Arbeitsstellen

von Frauen besetzt worden. Gefördert werden soll schließlich auch die Sicherheit am Arbeitsplatz. Das weltweit für Aufsehen erregende Minenunglück in der Atacama-Wüste hat den maroden Zustand der Arbeitsbedingungen in vielen Betrieben und Werken des Landes der ganzen Welt deutlich vor Augen geführt. Selbes gilt auch für die Bedingungen in den Strafvollzugsanstalten. Bei einem Brand im Gefängnis San Miguel in Santiago kamen Anfang Dezember 81 Insassen ums Leben.

Innenpolitische Spannungen

Mit der Bewerkstelligung dieser sieben Reformen wird die Regierung im laufenden Jahr alle Hände voll zu tun haben, zusätzlich werden aber auch wie im vergangenen Jahr eine Reihe von unvorhersehbaren Ereignissen und Problemen auftreten. Innenpolitische Spannungen im Jahr 2010 verursachte u.a. ein 82 Tage andauernder Hungerstreik von 34 inhaftierten Aktivisten der Mapuche-Minderheit. Mit dieser Maßnahme wollten die Gefangenen gegen die weiterhin gültigen Antiterrorgesetze aus der Pinochet-Diktatur (1973-1990), auf deren Grundlage sie zu ihren Haftstrafen verurteilt worden waren, protestieren.³ Sogar einige Abgeordnete der Opposition beteiligten sich an der Protestaktion, die erst nach Einlenkung seitens der Regierung, alle Anzeigen auf Basis der Antiterrorgesetzgebung in strafrechtliche Anzeigen umzuwandeln, beendet wurde. Präsident Piñera stellte zudem eine Verfassungsänderung in Aussicht: Er selbst werde sich für die Anerkennung der Urbevölkerung in der Verfassung einsetzen.

Die Mapuches sind das zahlenmäßig größte indigene Volk Chiles und repräsentieren rund 6,6 Prozent der Gesamtbevölkerung von 16 Millionen Einwohnern. Seit mehreren Jahren drängen sie auf mehr Mitbe-

³ Das Antiterrorismusegesetz aus Zeiten der Diktatur befindet sich, abgesehen von kleinen Veränderungen, bis heute in Kraft, ohne seine Zielsetzung geändert zu haben. Das Gesetz erlaubt es, Angeklagte zwei Jahre lang in Untersuchungshaft zu halten, den Anwälten der Verteidigung Zugang zu den Ermittlungen zu verweigern und die Präsentation von Zeugen zu verhindern. Die Anwendung dieser Gesetzgebung im Falle der Mapuche ist auch von den Vereinten Nationen kritisiert worden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER
WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de
www.kas.de/chile

stimmung bei der Ausbeutung von Bodenschätzen auf ihrem Territorium, die sie als Gebiete ihrer Vorfahren betrachten und die sich heute in Händen von Großunternehmen oder privaten Forstbetrieben befinden. In Folge dieser Spannungen kam es in den vergangenen Jahren vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Volksgruppe und der Polizei sowie staatlichen Institutionen.

Der über acht Wochen dauernde Hungerstreik der Mapuche-Gefangenen sorgte sogar im Europäischen Parlament für Aufsehen. Anfang Dezember trafen in Chile EU-Abgeordnete aus Deutschland, Bulgarien, Griechenland und Spanien unter der Leitung der spanischen Parlamentarierin María Muñoz de Urquiza (PSOE) in der südchilenischen Stadt Temuco ein, um sich dort ein Bild von der Situation der Mapuche zu machen. Die Delegation forderte einen Dialog zwischen der Regierung und den Indigenen. Schwerwiegende Probleme, wie die Anwendung des Antiterrorgesetzes, die doppelte Strafverfolgung durch ein ziviles wie auch durch ein Militärgericht oder die Forderung nach einer verfassungsmäßigen Anerkennung der größten indigenen Ethnie Chiles seien ebenfalls Probleme von höchster Dringlichkeit.

Ein anderer Bürgeraufstand spielte sich Anfang 2011 in der Provinz Magallanes ab, als regionale Bürgervereine einen Generalstreik ausriefen, um gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Gaspreise um 16,8 Prozent zu protestieren. In der kältesten und windigsten Region Chiles im äußersten Süden des Subkontinents ist der Gasverbrauch um ein Vielfaches höher als im Rest des Landes. Mehrere Tage lang waren der Verkehr und die Lebensmittelversorgung in den wichtigsten Städten der Region Puente Arenas und Puerto Natales (nahe dem beliebten Touristenziel Torres del Paine) aufgrund der Proteste und Blockaden komplett lahmgelegt.

Kurze Zeit nach Beginn des Aufstands kündigte Innenminister Rodrigo Hinzpeter an, mit dem ebenfalls aus der Pinochet-Diktatur stammenden „Gesetz zur inneren Sicherheit des Staates“, das zur Verfolgung und Kriminalisierung politischer Aktivitäten

und zur Aufstandsbekämpfung angewandt wird, gegen die Proteste vorgehen zu wollen. Dies wurde von den Bürgermeistern, den lokalen Abgeordneten, einigen Senatoren und der Bürgerversammlung scharf kritisiert. Schließlich einigte man sich nach zähen Verhandlungen sieben Tage nach dem Beginn der Unruhen unter der Leitung des neuen Energieministers Laurence Golborne, der erst wenige Tage zuvor das Amt übernommen hatte, auf eine Erhöhung des Gaspreises von lediglich 3 Prozent, ferner auf die Beibehaltung einer Reihe von finanziellen Zuschüssen für die Region und eine Erhöhung der Unterstützung für benachteiligte Familien. Zudem wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, eine neue Tarifregulierung auszuarbeiten, die im Kongress Ende des Jahres abgesegnet werden soll. Dem Bürgerprotest war damit ein beträchtlicher Erfolg beschieden. Dem standen jedoch Einbußen beim Tourismus gegenüber.

Sinkende Umfragewerte der Regierung

Der derzeit schwierige Stand der Regierung spiegelt sich nicht nur aufgrund solcher innenpolitischer Spannungen sondern auch in den jüngsten Meinungsumfragen wider. Laut der angesehenen Adimark-Studie hatte der Präsident im Dezember 2010 eine Zustimmung von lediglich 47 Prozent. Dies sind 16 Prozentpunkte weniger als noch im Oktober, als er aufgrund der Rettung der 33 Minenarbeiter eine Popularität von 63 Prozent erreicht hatte. Eine Umfrage des Instituts CEP sah Piñera Ende 2010 sogar bei nur 44 Prozent – bei Weitem der niedrigste Wert eines Präsidenten nach dem ersten Jahr der letzten fünf Regierungen (zum Vergleich: Michelle Bachelet kam im Dezember 2006 auf eine Zustimmung von 52 Prozent). Angesichts dieser Zahlen attestierte der Wissenschaftler der Universität Adolfo Ibáñez, Eugenio Rengifo, dass die „Flitterwochen“ Piñeras nach dem Beben und dem Minenunglück, die sich positiv auf seine Zustimmung ausgewirkt hätten, endgültig vorbei seien und der Präsident nun auf dem Boden der Tatsachen gelandet sei.

Nach Ansicht von Carolina Segovia vom Institut CEP machen Piñera besonders seine persönlichen Attribute und sein eigenes

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER
WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de

www.kas.de/chile

Image zu schaffen. Piñera, einer der reichsten Unternehmer des Landes, gilt seit jeher in Chile – und selbst innerhalb der eigenen Koalition – als sehr umstrittene Person: 56 Prozent der Befragten sehen ihn als bürgerfern, nur 47 Prozent schätzen ihn als vertrauenswürdig ein. Aus dem Umkreis des Präsidenten hieß es, dass man sich durch diese Werte nicht beeindrucken lassen werde. „Die Regierung hat ein klares Programm und wird sich nicht aufgrund von Umfragen davon abbringen lassen“, so die in Deutschland ausgebildete Regierungssprecherin Ena von Baer. Die Einhaltung der angestrebten Ziele des Präsidenten werde auch im Jahre 2011 Schwerpunkt der Regierung sein. Ähnlich äußerte sich Landes in einem Interview mit El Mercurio am 26. Dezember: „Ich bin mir bewusst, dass die Einhaltung unserer sieben Reformen im nächsten Jahr kurzfristig zu Popularitätsverlusten führen können. [...] Mittel- und langfristig wird die Popularität jedoch auf Basis guter Regierungsführung, die sich den Problemen der Bevölkerung annimmt und diese bewältigt, geschaffen.“ 2011 wird somit ein entscheidendes Jahr für Piñera sein. Laut eines Meinungsartikels der Tageszeitung La Tercera (2. Januar 2011) muss die Exekutive das letzte Jahr ihrer Amtszeit ohne Kommunal- oder Parlamentswahlen dazu nutzen, all die angestrebten Reformen voranzutreiben, an denen sich die Regierung schließlich wird messen lassen müssen.

Die aktuellen schlechten Umfragewerte betreffen jedoch nicht nur den Präsidenten sondern fast alle Akteure des politischen Spektrums. Roberto Méndez, Leiter von Adimark, erklärt dieses Phänomen mit der allgemeinen Verschlechterung des Ansehens der Politik in der Bevölkerung in den letzten zehn Jahren. So kommt laut Adimark-Studie das regierende Mitte-Rechts-Bündnis Coalición nur auf eine Zustimmung von 39 Prozent, die Mitte-Links-Koalition Concertación schneidet mit 26 Prozent sogar noch schlechter ab. Somit lässt sich feststellen, dass es der Opposition bisher nicht gelungen ist, das momentan schlechte Moment der Regierung in der Wählergunst auszunutzen. Laut Martín Rodríguez, Leiter des Forschungsinstituts Feedback, macht der Concertación vor allem die Tat-

sache zu schaffen, dass nach dem Rückzug von Michelle Bachelet aus der Politik Chiles (sie hat vor rund drei Monaten einen Posten bei den Vereinten Nationen in New York angenommen) sie keine herausragenden Persönlichkeiten mehr habe. Des Weiteren fehle es ihr an einem klaren politischen Diskurs, der eine ernstzunehmende Alternative zur Linie der Regierung bieten könne.

Laut der jüngsten CEP-Umfrage ist der Minister für Bergbau und seit Januar 2011 ebenfalls für das Ressort Energie zuständige Laurence Golborne mit 81 Prozent Zustimmung momentan der bei Weitem beliebteste Politiker in Chile. Der parteilose ehemalige Unternehmer, bei seiner Nominierung ins Kabinett nur Insidern bekannt und mit nur wenig politischer Erfahrung, hat sich aufgrund der Rettung der 33 Minenarbeiter mittlerweile sogar als möglicher Präsidentschaftskandidat profiliert. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob diese Zustimmung nur ein vorübergehender Effekt ist, der ähnlich wie beim Präsidenten nach kurzer Zeit wieder verpufft, oder ob auch in Zukunft weiter mit ihm zu rechnen ist.

Kabinettsumbildung: Stärkung des politischen Profils

Um angesichts der enttäuschenden Umfragewerte – und der zum Teil schlechten öffentlichen Bewertungen einiger Minister – ein Zeichen zu setzen, traf Piñera Anfang 2011 die Entscheidung, einige wichtige Änderungen an seinem Kabinett zu vollziehen. Ein Jahr vorher hatte er noch verkündet, dass er anders als die vorherige Präsidentin Michelle Bachelet bei der Auswahl seiner Minister keine Quoten hinsichtlich Parteizugehörigkeit, Geschlecht oder Alter verfolgen werde. Stattdessen wolle er für jeden Posten den „qualifiziertesten Kandidaten“ ohne Rücksicht auf dessen politischen oder persönlichen Hintergrund ernennen. Tatsächlich waren bei der offiziellen Vorstellung der 22 ernannten Minister im Februar 2010 nur acht offiziell Mitglieder einer der beiden Parteien des Regierungsbündnisses – sehr zum Unmut der Führung der Renovación Nacional (RN) und der Unión Demócrata Independiente (UDI).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de

www.kas.de/chile

Im Kabinett dominierten stattdessen Vertreter aus der Wirtschaft sowie aus wissenschaftlichen Einrichtungen.

Mit der jüngsten Kabinettsumbildung Anfang 2011 hat sich Piñera von dem Experiment, anstelle von Politikern auf „Technokraten“ zu setzen, jedoch wieder etwas distanziert. So wurden die drei unabhängigen und teils heftig kritisierten Minister Camila Merino (Arbeit), Ricardo Raineri (Energie) und Felipe Morandé (Verkehr) am 14. Januar 2011 gebeten, ihr Amt zur Verfügung zu stellen. Tage zuvor hatte zudem der amtierende Verteidigungsminister Jaime Ravinet seinen unwiderruflichen Rücktritt erklärt. Neu im Kabinett sind nun zwei „politische Schwergewichte“: Andrés Allamand (RN, Verteidigung) und Evelyn Matthei (UDI, Arbeit), beide zur Zeit der Nominierung Mitglieder des Oberhauses des Kongresses.⁴ Mit deren Ernennung revidierte der Präsident auch seine Position in einem anderen Punkt: Anfang 2010 hatte er noch verkündet, keine gewählten Abgeordnete oder Senatoren für sein Kabinett nominieren zu wollen, da es dem Wähler nur schwer zu vermitteln sei, dass ein Repräsentant die Aufgaben nicht mehr wahrnehmen könne, für die er von den Bürgern gewählt worden sei.

Insbesondere die Nominierung Ravinets für den Posten des Verteidigungsministers (ein Amt, das er schon unter Präsident Lagos von 2000 bis 2006 bekleidete) hatte seinerzeit im Februar 2010 für große Verwunderung gesorgt, da er zu dieser Zeit noch Mitglied der fortan zur Opposition gehörenden Christdemokratischen Partei war (aus der er nach 49 Jahren Mitgliedschaft jedoch austrat, um einen Ausschlussverfahren zu entgehen). Obwohl Ravinet in einer Pressekonferenz mitteilte, dass sein Rücktritt als Zuständiger für die chilenischen Streitkräfte „aus persönlichen und nicht aus politischen Gründen“ geschehe, galt das Verhältnis zum Präsidenten schon seit längerer Zeit als angespannt. Zu den Verstimmun-

gen zählten der von Ravinet abgesegnete Kauf einer über 1 Million US-Dollar teuren Residenz für den neuen Generalstabschef, der mit Mitteln eines Geheimfonds vollzogene Kauf einer Behelfsbrücke im Süden des Landes sowie die Andeutung, dass die chilenischen Streitkräfte – sollte das Finanzgebaren im obigen Punkt weiter unter die Lupe genommen werden – künftig nicht mehr im Falle von Naturkatastrophen humanitäre Hilfe leisten würden. In der Christdemokratischen Partei wurde der Rücktritt mit Schadenfreude aufgenommen.

Politische Landschaft im Fluss?

Nach dem Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 war lange Zeit unklar, wie sich das Ergebnis auf die Parteienlandschaft in Chile auswirken würde. Insbesondere die Zukunft der Concertación war in den ersten Monaten nach der Wahl ungewisser denn je. Schon am Tag nach der Niederlage gegen Piñera wurde über eine mögliche Auflösung und Neugründung des Bündnisses spekuliert. Nach 20 Jahren in der Regierung kam sie vielen Wählern als verbraucht vor, ferner driftete das Bündnis in den Monaten vor der Wahl aufgrund zahlreicher Parteiaustritte wichtiger Führungspersönlichkeiten immer weiter auseinander. Prominentestes Beispiel war das ehemalige Mitglied der Sozialistischen Partei Marco Enríquez-Ominami, der nach Ansicht vieler mit seiner anschließenden Kandidatur für das Präsidentenamt die Concertación bei den letzten Wahlen gespalten und so die Niederlage gegen Piñera herbeigeführt hat.

In der Zwischenzeit scheint sich die Concertación zwar mit ihrer neuen Rolle in der Opposition abgefunden zu haben, Gewissheit oder Einheit über die künftige politische Linie und Zusammenstellung des Bündnisses gibt es derzeit jedoch noch nicht. Dies spiegelt sich auch wie oben bereits erwähnt in den jüngsten Meinungsumfragen wider. Nicht wenige in der Concertación wünschen sich in Zukunft einen Zusammenschluss der vier derzeitigen Parteien mit allen weiteren progressiven Kräften und Bewegungen des Landes, u.a. mit dem Movimiento Amplio Social (MAS) des

⁴ Dem Kabinett gehört fortan auch der unabhängige Pedro Pablo Kuczynski als Verkehrsminister an. Wie bereits erwähnt übernimmt der während der Rettung der 33 Minenarbeiter zu immenser Popularität aufgestiegene Laurence Golborne zusätzlich zum Ressort Minenbau künftig das Energieministerium.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN F. MEYER

WINFRIED JUNG

24. Januar 2011

www.kas.de

www.kas.de/chile

früheren Sozialisten Alejandro Navarro oder mit der neuen Partei Partido Progresista (PRO) von Marco Enríquez-Ominami.

In Kreisen der Christdemokratischen Partei ist man solchen Überlegungen stets mit Vorsicht begegnet. Schon der Pakt mit den Kommunisten bei den jüngsten Parlamentswahlen hatte bei zahlreichen Mitgliedern der PDC für reichlich Unbehagen gesorgt. Der Ende August 2010 neugewählte Präsident Ignacio Walker, der sich offen für eine Repositionierung der Partei in Richtung politische Mitte ausgesprochen hat, möchte sich der Einheit der Partei Willens in diesem Punkt nicht festlegen und hat deswegen lediglich angemerkt, dass man für einen „Dialog“ mit allen oppositionellen Gruppen, auch ohne parlamentarische Vertretung, offen sei. Vor seiner Wahl als Parteipräsident hatte er eine mögliche Zusammenarbeit oder gar einen Zusammenschluss mit weiteren linksgerichteten Gruppen jedoch als „glatten Selbstmord“ bezeichnet.

Ein klares Bekenntnis seitens der neuen Führung der Christdemokraten gibt es hingegen hinsichtlich des Verbleibs der Partei in der Concertación. Man möchte in den nächsten Jahren die Rolle als Opposition wahrnehmen. Angesichts der ständigen Umwerbung der PDC seitens des neuen Präsidenten Piñera, der in beiden Häusern des Nationalkongresses keine Mehrheit besitzt und auf die Opposition angewiesen ist, sowie der sich in letzter Zeit intensivierenden Kritiken innerhalb der Partei, erteilte Walker einer stärkeren Annäherung an die Regierung eine klare Absage, zuletzt beim Parteitag der Christdemokraten am 7. Januar 2011.

Auch seitens der Regierungsparteien werden mit Blick auf die Wahlen in drei Jahren erste Überlegungen über eine Anpassung und politische Neuausrichtung des Mitte-Rechts-Bündnisses ins Spiel gebracht. Wichtigster Impulsgeber dieser angestrebten Modernisierung unter dem Namen „nueva derecha“ (die neue Rechte) ist Innenminister Rodrigo Hinzpeter, enger Vertrauter des Präsidenten und ein möglicher Kandidat auf das höchste Staatsamt nach Ende der jetzigen Regierungsperiode.

Laut Hinzpeter sollen in Zukunft die „traditionellen Themen“ der Koalition mit zahlreichen neuen Fragen – insbesondere dem Klimawandel, den Menschenrechten und der Situation der Indigenen Bevölkerung sowie der Schaffung „menschwürdiger“ Arbeitsplätze – vereint werden. Ferner sollen sowohl die Idee der „Meritokratie“, gleichzeitig aber auch die Entstehung einer egalitäreren Gesellschaft vorangetrieben werden, in der jeder die Gelegenheit bekommen solle, anhand des eigenen Talents und der eigenen Anstrengung, seine persönliche Entfaltung zu erlangen. Zeit sei es, so Hinzpeter, mit dieser Annäherung an die politische Mitte unabhängige Gruppierungen für sich zu gewinnen, um auch auf längerer Sicht den Verbleib in der Regierung zu sichern.

Nicht alle innerhalb des Bündnisses teilen diese Neuausrichtung. So kritisierte u.a. der neue Verteidigungsminister Andrés Allamand, dass man sich schon seit langem mit den von Hinzpeter aufgeführten Themen befasse und man die letzten Wahlen gewonnen habe, da das Bündnis sich von der Dichotomie Links-Rechts gelöst und sich allen Gruppen des politischen Spektrums angenähert habe. Das Konzept der „neuen Rechte“ bedeute folglich einen Schritt rückwärts.